



vom 4. Dezember 2025



# Über die Statik der Republik

Architekten sollten wissen, welchen Belastungen ihre Bauwerke standhalten - und welchen nicht. Dennoch gibt es den Berufsstand der Statiker, die sich damit beschäftigen, die Pläne der Architekten zu überprüfen, um letztlich die Standfestigkeit der Gebäude zu bestätigen, oder Nachbesserungen zu fordern.

Gehen wird ruhig davon aus, dass bei Gründung der alten Bundesrepublik derartige Kontrollen, vor allem was die tragenden Elemente des Grundgesetzes, aber auch die Struktur der Bevölkerung, die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft, die Stabilität des Geldes, etc., betrifft, durchaus stattgefunden haben.

Als dann 40 Jahre später der Beschluss getroffen wurde, das Staatsgebäude um fünf neue Stockwerke zu erweitern, geschah dies schon nur noch im Vertrauen darauf, dass der bewährte westliche Unterbau das zusätzliche Gewicht schon würde tragen können, und falls nicht, wäre immer noch Gelegenheit, zusätzliche Stützen einzuziehen. Außerdem hatte man beschlossen, das eigene Gebäude eng an die EU anzulehnen, so dass sich beide gegenseitig stützen könnten.

Es kann jedoch davon ausgegangen werden, dass die alten statischen Berechnungen da bereits in Vergessenheit geraten waren, und dass es so etwas wie "Statiker" in der Politik zwar noch gegeben hat, dass man deren Einwände auch noch in den Bauunterlagen vermerkte, während die nachgewachsenen Architekten und Bauunternehmer jedoch überzeugt waren, die Bedenken der alten weißen Männer vom Tisch wischen zu können. Insbesondere als das stabile Dach der D-Markt abgetragen wurde und man sich unter dem windigen Gemeinschaftszelt des Euro wiederfand, wurden alle Bedenken und Regularien zur Stabilisierung der Gemeinschaftswährung zügig übergangen und vergessen. Als dann 2015 an sämtlichen Eingängen die Türen ausgehängt wurden, um den Zustrom der Einwanderer nicht unnötig zu behindern, hätte dringend die Tragfähigkeit der Geschosdecken überprüft werden müssen, doch daran hat die damals eingesetzte Hausverwaltung keinen Gedanken verschwendet. Es war ja Platz. Und zusammenrücken konnte man ja immer noch.

Dann begannen die unsäglichen Umbauarbeiten an der Gebäude-Infrastruktur. Die Heizungsanlage im Keller wurde stillgelegt, der Gasanschluss gekappt, und dafür elektrische Heizlüfter eingebaut, während gleichzeitig der Hausanschluss der Stromversorgung auf die halbe Leistung reduziert wurde.

Zugleich veränderte sich die Struktur der Bewohner. Der Anteil der Jungen wurde immer geringer, der Alten immer höher. Der Anteil der Beschäftigten mit eigenem Einkommen ging zurück, der Anteil der Rentner und Bürgergeldempfänger ist gewachsen. Immer weniger Bewohner konnten noch Miete und Nebenkosten aufbringen, weshalb notwendige Restaurierungs- und Erhaltungsmaßnahmen unterblieben. Außen fiel der Putz von der Fassade, innen funktionierten die Fahrstühle nur noch gelegentlich. Unter den auf engstem Raum eingepferchten Bewohnern wuchsen die Aggressionen und machten sich immer häufiger in gewaltsamen Aktionen Luft.

Gäbe es noch eine funktionierende Baubehörde, das Haus müsste wegen akuter Einsturzgefahr schleunigst geräumt und dann generalsaniert werden.

Die hier mit ein paar Strichen an die Wand gemalte Analogie ist nicht erfreulich. Der Zustand der Verwahrlosung ist für alle, die bessere Zeiten erlebt haben, abschreckend. Dennoch zieht Deutschland immer noch Menschen aus aller Welt an, die sich hier eine bessere Zukunft erhoffen als in ihrer Heimat.

Betrachten wir die Realität, den Zustand der tragenden Säulen der Republik.

## **Wirtschaft**

Es gibt überhaupt keinen Zweifel: Deutschlands Wohlergehen steht in direkter Abhängigkeit zur Leistungsfähigkeit seiner Wirtschaft.

Nur was produziert wird, kann auch für den Konsum zur Verfügung gestellt werden. Dies gilt auch, wenn Import und Export mit betrachtet werden. So lange der Export dem Import entspricht, oder mehr exportiert wird als importiert, können Wohlstand und Vermögen erhalten, bzw. vermehrt werden. Übersteigt der Konsum die Produktion, wird also mehr importiert als exportiert, tritt ein Vermögensverlust ein - entweder durch die Auflösung von positiven Vermögenswerten oder durch Anwachsen der Verschuldung.

Die Maßzahl für die Wirtschaftsleistung, das BIP, ist in unserer konkreten Situation irreführend. Sie suggeriert, es handele sich derzeit nur um geringe Einbrüche der Wirtschaftsleistung, verschleiert dabei aber, dass die produktive Basis weit schneller schrumpft als das BIP. Nur noch 30 Prozent des BIP werden in der Industrie, sowie in der Land- und Forstwirtschaft erarbeitet. Etwa 70 Prozent entfallen auf den Dienstleistungssektor. Bei 785 Milliarden Euro aus dem Dienstleistungssektor handelte es sich 2024 um *Ausgaben* des öffentlichen Dienstes (überwiegend Personalaufwand), die als *Leistung* ins BIP eingehen. 2023 waren das noch 42 Milliarden weniger. Das heißt, ohne den Personalaufbau und die dadurch vermehrten Ausgaben der öffentlichen Hände wäre 2024 ein Rückgang des realen BIP um 1,2 Prozent zu verzeichnen gewesen, statt der 0,2 Prozent die ausgewiesen werden. Berücksichtigt man dabei, dass diese Ausgaben die Staatsverschuldung in die Höhe getrieben haben, weil das Steueraufkommen nicht ausgereicht hat, muss das BIP als die Kennzahl für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft noch stärker hinterfragt werden.

Dies ist aber nur der Blick in die Vergangenheit. Der Blick in die Zukunft ist verheerend. Die [Tagesschau](#) zitierte am 27.11.2025 aus einer Studie der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Deloitte und des BDI:

*68 Prozent der befragten Industriebetriebe sagten, aufgrund von Zöllen in den kommenden zwei bis drei Jahren ihre Fertigung ganz oder teilweise zu verlagern. Fast jedes fünfte Unternehmen - 19 Prozent - habe schon jetzt keinerlei Produktion mehr in Deutschland. Vor zwei Jahren hatten das bei einer vergleichbaren Studie nur elf Prozent angegeben.*

Es werden also weitere gigantische Teile der produktiven Wertschöpfung aus Deutschland verschwinden. Damit verschwinden aber auch Massenkaukraft, Steuereinnahmen des Staates und Beitragseinnahmen der Sozialsysteme. Aber auf der Brücke der Titanic streiten sich SPD und Union über die Rentenhöhe ab 2032!

Das Bröckeln der wichtigsten tragenden Säule, das drei Jahre lang den Einsturz angekündigt hat, geht jetzt in den rasanten Zusammenbruch über.

### **Innerer Frieden**

Der Zusammenbruch der Wirtschaft wird bisher nur schwelende Konflikte eskalieren lassen. Die Systeme der Sozialen Sicherung werden sich schon bald als nicht mehr bezahlbar erweisen, auch wenn der Staat noch lange versuchen wird, durch rigorose Neuverschuldung wenigstens das Geld zu besorgen. Geld kann man allerdings nicht essen - man muss es ausgeben, und wird dann erleben, wie die von der Verschuldung ausgelöste Inflation die Kaufkraft vernichtet.

Der Wille von SPD und Union, sich den Machterhalt um jeden Preis zu sichern, und das weitere Erstarken rechtskonservativer Kräfte wird die Machtfrage aus dem Parlament auf die Straße verlagern. Gießen war nur ein Vorgeschmack von dem, was noch auf uns zukommt, denn die Antifa wird weiter aufrüsten und die rechten Patrioten werden wohl oder übel ebenfalls paramilitärische Kräfte mobilisieren müssen, um nicht am hellichten Tag auf offener Straße wehrlos zusammengeschlagen zu werden. Die Polizei kann und wird nicht überall gleichzeitig sein. Welche Rolle die Millionen von Migrant\*innen im wehrfähigen Alter spielen werden, wenn der gesellschaftliche Zusammenhalt vollends aus dem Leim geht, ist schwer abzuschätzen. Ob sie sich einer Seite anschließen, ob sie sich teils der einen, teils der anderen Seite anschließen oder ihr eigenes Ding machen und ihre Selbstverwaltungs-Zonen nach Kräften ausweiten: Sicher ist nur: Sie werden nicht tatenlos daneben stehen.

## **Sozialsysteme**

Unabhängig von der nominalen Höhe wird die Kaufkraft von Rentnern und Bürgergeld-/Grundsicherungsempfängern rapide schrumpfen, während gleichzeitig die Zulieferungen an die Tafeln und Kleiderkammern stark rückläufig sein werden, weil auch der Konsum der noch Beschäftigten nicht mehr im gewohnten Umfang aufrecht erhalten werden kann.

Gleichzeitig wird es zu weiteren, erheblichen Kürzungen im Gesundheitswesen kommen. Weitere Kliniken werden schließen oder Stationen aufgeben. Die niedergelassenen Ärzte werden diese Lücken nicht schließen können, nicht nur weil ihnen die Ausrüstung und die Kenntnisse fehlen, sondern auch weil sie die Masse der in ihre Praxen drängenden Patienten noch weniger bewältigen können als heute schon. Ebenso werden Pflegeheime massenhaft geschlossen werden, weil sie für fast alle Pflegebedürftigen unbezahlbar geworden sind. Davon ausgelöst wird es zu einer deutlichen Übersterblichkeit und zum Rückgang der durchschnittlichen Lebenserwartung kommen.

## **Äußerer Frieden**

Die Tatsache, dass unter dem Vorzeichen des wirtschaftlichen Niedergangs von Seiten der Regierung und der EU hunderte von Milliarden für die Rüstung an Schulden aufgenommen werden, dass die Wiedereinführung der Wehrpflicht beschlossene Sache ist und die Bevölkerung mit einer massiven Kriegstüchtigkeitspropaganda überzogen wird, bei der erste - ernstzunehmende - Stimmen bereits von einem Präventivschlag gegen Russland schwärmen, lässt für den äußeren Frieden nichts Gutes erwarten.

Bis jetzt findet nur Geldvernichtung im großen Stil statt, sowohl, was die eigenen Rüstungsprojekte und den geplanten Aufwuchs der Kampftruppe angeht, als auch in Bezug auf die fortwährende Unterstützung der Ukraine, die - ohne nennenswerten Nutzen zu zeigen - bereits Zig-Milliarden verschlungen hat.

Allerdings haben sich unsere Beziehungen zu Russland und China bereits mehr als eingetrübt, während sprichwörtlich alles getan wird, um auch die Beziehungen zu den USA zu belasten. Es ist nicht auszuschließen, dass Donald Trump die USA auf eine noch nicht vorhersehbare Weise aus der NATO oder zumindest aus den Bündnisverpflichtungen ein Stück weit herausnehmen wird.

Letzteres wäre zu begrüßen, weil darin die letzte Hoffnung besteht, dass die offenbar am Krieg interessierten Europäer doch noch einmal vor einem

Waffengang mit Russland zurückschrecken könnten. So lange aber davon ausgegangen wird, dass die USA schon rechtzeitig eingreifen werden, ist die Gefahr groß, dass die letzte Provokation gegen Russland von den Europäern ausgehen wird.

## **Energie**

Deutschlands Energieversorgung ist auf Kante genäht. Die Unsicherheit der Versorgung ist dabei ebenso ein Teil der Ursachen für die Abwanderung der Industrie wie die international nicht wettbewerbsfähigen Kosten. Schon für diesen Winter sehen die Füllstände der Gasspeicher nicht gut aus. Die Nachlieferungen von LNG-Gas reichen nicht aus, um den Verbrauch zu ersetzen. Herbstliche Dunkelflauten haben aktuell bereits Stromimporte in der Größenordnung der Leistung von 12 Atomkraftwerken erfordert. Die Stilllegung von konventionellen Kraftwerken wird davon vollkommen unbeeindruckt fortgesetzt. Wohl dem, der noch einen Kohle- oder Holzofen im Haus und einen kleinen Stromgenerator, samt ausreichendem Treibstoffvorrat in der Garage.

## **Knowhow**

Deutschland fällt im internationalen Vergleich stetig zurück. Dabei ist nicht nur das sinkende Ausbildungsniveau von Schülern und Studenten Anlass zur Sorge, es sind auch fehlende Quantitäten, die sich zum Teil im offen kommunizierten Fachkräftemangel äußern, zum Teil aber auch große Knowhow-Lücken in der Industrie erkennen lassen, nämlich auf allen Gebieten, auf denen Deutschland nicht mehr oder kaum noch vertreten ist. Das sind nicht nur die "digitalen" Branchen, bei denen wir in Hard- und Software nicht mithalten können, es sind auch große Lücken bis hin zur eigentlich trivialen Produktion von Plüschtieren entstanden. Nur ein Beispiel: Die [Fa. Heunec, aus Oberfranken](#), hat ihre Produktion vor Jahren zu 100 Prozent nach China ausgelagert und hat jetzt Mühe, zum Erhalt der Fertigkeiten wenigstens wieder eine kleine Musterproduktion nach Deutschland zurückzuholen.

Wir können vieles einfach nicht mehr.

## **Insgesamt**

Insgesamt kracht es in Deutschland an allen Ecken und Enden. Dabei handelt es sich nicht um isolierte Probleme, die einzeln gelöst werden könnten. Es ist im Gegenteil so, dass kein Einzelproblem aus der Welt geschafft werden kann,

solange auch nur eines der anderen fortbesteht, weil sie alle über die zentrale Säule der Wirtschaft miteinander verbunden sind.

Der lautstark angekündigte "Herbst der Reformen" ist vergangen, ohne dass überhaupt nur eine nennenswerte Reform dabei herausgekommen wäre. Ein Industriestrompreis - noch dazu verknüpft mit der Auflage, die so genannte "Ersparnis" zu 50% für Energiewende-Maßnahmen einzusetzen, ist nur ein Pfusch am Symptom, aber keine Lösung. Die Umbenennung des Bürgergeldes wird keinen Sparbeitrag zum Bundeshaushalt leisten. Die Diskussion um das Rentenniveau 2032 ist wie die Diskussion des Gemeinderates über Sinn und Unsinn der Anschaffung eines neuen Feuerwehrautos in einem bereits in Vollbrand stehendem Rathaus.

Deutschland drohen jene Zustände, wie sie ab 2010 in Griechenland herrschten, als die Troika aus EU, EZB und IWF zu Hilfe eilte, um den Euro vor dem Säurefraß der griechischen Finanzkrise zu retten.

Der Niedergang hat schleichend vor etwa drei Jahrzehnten begonnen als Deutschland den Pfad des volkswirtschaftlich nachhaltigen, konsolidierten Kurses der Wirtschafts- und Finanzpolitik verlassen hat, als die Treuhand die wirtschaftliche Substanz der neuen Bundesländer vernichtet hat, während Milliarden aus dem Westen abgezogen wurden, um potemkische Dörfer blühender Landschaften zu errichten.

Nun gut. Irgendwie haben wir das dann doch halbwegs geschafft. Welchen Anteil das Regierungshandeln von Kohl, Schröder und Merkel daran hatte - und welcher Beitrag dafür aus der Substanz der Wirtschaft und der deutschen Infrastruktur entnommen werden musste, darf sich jeder selbst überlegen.

Eines kann jedoch festgehalten werden. Die Wiedervereinigung hat die Polit-Elite übermütig gemacht.

Millionenfache Einwanderung in die Sozialsysteme, in den Wohn- und Arbeitsmarkt, bei gleichzeitigen Anstrengungen, Weltmeister in Energie- und Mobilitätswende zu werden, während die Infrastruktur weiterhin auf Verschleiß gefahren wurde, sich dann noch als Zahlmeister in den Ukraine-Krieg hineinziehen zu lassen, sich mit Anti-Russland-Sanktionen massiv selbst zu schädigen und freiwillig auf preiswerte Energie zu verzichten, das war dann doch ein bisschen zu viel und ist, mangels Masterplan, vollständig aus dem Ruder gelaufen.

Was jetzt ansteht, dagegen war die Wiedervereinigung ein Klacks.

1989/90 ging es darum, dass 60 Millionen Westdeutsche unter eigenem Verzicht mit 17 Millionen Ostdeutschen auf ein gemeinsames Wohlstandsniveau gelangen. Heute steht eine zunehmend inhomogener werdende Bevölkerung von rund 84 Millionen vor dem Abgrund, aber weit und breit ist niemand da, der sie noch vor dem Absturz retten wollte.